

CDU im Saarland: Gendersprache soll in Behörden verboten werden!

Die Saar-CDU fordert ein Verbot von Gendersprache in Landesbehörden, um klare Kommunikationsstandards zu schaffen.

Saarbrücken, Deutschland - Saarbrücken – Ein Sturm der Entrüstung braut sich zusammen! Beim CDU-Landesparteitag in Illingen haben die Delegierten am Samstag entschieden, ein Verbot von Gendersprache in der saarländischen Landesverwaltung zu fordern. Der Antrag stammt vom Ortsverband Saarlouis-Lisdorf und zielt darauf ab, genderneutrale Schreibweisen wie Gendersternchen, Doppelpunkt oder Mediopunkt aus offiziellen Dokumenten und Schulen zu verbannen. Ein klarer Schritt in Richtung traditioneller Sprachverwendung!

Die CDU will auch die Gemeinsame Geschäftsordnung der Obersten Landesbehörden überarbeiten und sich dabei an den strengen Regelungen in Hessen und Bayern orientieren. In Bayern ist die Gendersprache bereits seit März 2024 verboten – ein Vorbild, das die saarländischen Christdemokraten nun nachahmen möchten. Die Staatskanzlei betont, dass diese Maßnahmen klare und einheitliche Kommunikationsstandards schaffen sollen. Doch wie wird mit Verstößen umgegangen? In Bayern bleibt das unklar, was die Gemüter weiter erhitzt!

Emotionale Debatte über Gendersprache

Die Diskussion über die Gendersprache im Saarland ist hitzig und polarisiert die Gemüter. Während die Befürworter des

Verbots argumentieren, dass der Verzicht auf Gendersprache die Verständlichkeit und Lesbarkeit von Texten erhöht, warnen die Gegner vor einem Verlust an Vielfalt und kultureller Offenheit. Die CDU-Landtagsfraktion wird nun prüfen, wie dieser Vorstoß im Landtag eingebracht werden kann. Die von der SPD geführte Regierung plant bisher keine Einschränkungen der Gendersprache im Saarland. Die Zukunft dieser Debatte bleibt ungewiss und sorgt für reichlich Gesprächsstoff!

Details

Ort	Saarbrücken, Deutschland
------------	--------------------------

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at